

Positionspapier des Lehrerbundes

zum

**Landestag
am 16.04.2016**

Präambel

Bildung und Ausbildung sind eine der wichtigsten Grundlagen für ein eigenständiges, eigenverantwortliches und selbstgestaltetes Leben und sind Voraussetzungen für persönliche Entfaltung, beruflichen Aufstieg, gesellschaftliches Zusammenleben, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand.

Alle Schüler/innen haben das Recht auf bestmögliche Bildung. Eine erfolgreiche berufliche Laufbahn, grundgelegt in Schulbesuch oder Lehre, darf nicht von der sozialen Herkunft beeinträchtigt werden! Bildungs- und Betreuungsangebote müssen weitgehend auf die Arbeitszeiten von Eltern abgestimmt sein, um optimale Betreuung von Schülern/innen zu ermöglichen.

Erziehung muss ein kulturelles Kernanliegen der Gesellschaft sein. Elterliche und schulische Erziehung müssen dazu beitragen, dass sich junge Menschen zu Persönlichkeiten entwickeln, die ihr Leben als sinnvoll erleben, die beziehungsfähig sind und auf die Anforderungen der Gesellschaft vorbereitet werden. Das bedeutet aber auch, dass ausreichende pädagogische Angebote in der Elternbildung geschaffen werden und an öffentliche Leistungen (z.B. Familienbeihilfe, sozial gestaffelte Förderungen) gebunden sind, damit Eltern und Erziehungsverantwortliche pädagogische Schulungs- und Fortbildungsangebote verlässlich und nachweislich annehmen und zur Kooperation mit Schule bereit sind.

Kernanliegen des Lehrerbundes

- Das langfristige Wohl des Kindes und seine ganzheitliche Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit stehen im Zentrum aller Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen.
- Die beste Bildung hat die gesamte Persönlichkeitsbildung im Blick. Dazu gehören:
 - eine gute Wissensgrundlage
 - die Entwicklung sozialer Fähigkeiten und Kompetenzen
 - die Förderung der Kreativität
 - die Entwicklung des Bewusstseins für ein gesundes und bewusstes Leben
 - die Vermittlung grundlegender Werte
 - Religions- und/oder verpflichtender Ethikunterricht
- Schule hat den Auftrag, die jungen Menschen zu höchster Leistung zu motivieren, und die Grundlagen für ein erfolgreiches und geglücktes Leben zu vermitteln.
- Das Bildungssystem beruht auf christlichen Grundlagen und Werten und wird nach humanistischen Grundsätzen geführt. Bildung soll die Lernenden dazu befähigen, sich als eigenständige, lebensfähige Persönlichkeiten und wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft zu entwickeln und Verantwortung für sich selbst und gegenüber den Mitmenschen und der Umwelt zu tragen.
- Die Qualität des Unterrichts an Pflichtschulen hängt sehr stark vom Einsatz ausreichender öffentlicher Finanzmittel ab, die die Bereitstellung von Lehr- und Hilfspersonal als auch eine pädagogisch dienliche Infrastruktur absichern.
- Eine Grundlage für gelingenden Unterricht bilden fachlich und pädagogisch hochwertig ausgebildete Lehrer/innen. Ihre bedarfsgerechte hochwertige Weiterbildung, die schnelle, bedarfsgerechte und unbürokratische Bereitstellung von Hilfs- Pflege- und Therapiepersonal und die permanente Bereitstellung von Experten/innen für schulpsychologische und verhaltenspädagogische Anliegen sind unerlässlich!
- Die Pflichtschule der 6 bis 15-jährigen muss durchlässig bleiben und sicherstellen, dass es keinen Abschluss ohne Anschluss gibt und Versäumtes nachgeholt werden kann!
- Die Schule soll praktische und intellektuelle Fähigkeiten und Begabungen wecken und fördern können.

- Jedem Kind muss ein schulisches Angebot zur Verfügung gestellt werden können, das seinen Neigungen und Begabungen entspricht und die Leistungsforderung und Begabtenförderung ermöglicht.
- Die Forderung und Förderung von Leistung muss ein Hauptanliegen schulischer Bildung sein, da Leistungsbereitschaft, Leistungswille und Leistungsfähigkeit die entscheidenden Faktoren für eine erfolgreiche Arbeits- und Berufslaufbahn darstellen.
- Kinder und Jugendliche in den Schulen benötigen Lern- und Lebensräume, die zum Lernen anregen und die Möglichkeit bieten, alle ihre Potentiale auszuschöpfen. Künftige Pläne zur Sanierung von Schulgebäuden und von Schulneubauten müssen den Anforderungen eines zeitgemäßen Unterrichts entsprechen.
- Für den steigenden Bedarf an ganztägigen Schulformen ist es notwendig, die entsprechenden räumlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, die ein anregendes Lern- und Freizeitangebot bieten, das auf die Bedürfnisse, Interessen, Stärken und Talente der jungen Menschen eingeht.
- Eine fundierte schulische Ausbildung ist eine tragende Säule unseres Wohlstandes. Das duale Ausbildungssystem hat sich in Österreich bestens bewährt und muss weiter ausgebaut werden. Die Gleichwertigkeit handwerklicher und intellektueller-theoretischer Berufe stellt das Leitprinzip der Schulausbildung in der Pflichtschule dar.

Zentrale Forderungen des Lehrerbundes

- Der Lehrerbund fordert ein qualitativ hoch stehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungsangebot. Die Qualität des Unterrichts an Pflichtschulen hängt einerseits von starken LehrerInnenpersönlichkeiten ab, die den Willen haben Herausragendes zu leisten, und andererseits von förderlichen infrastrukturellen Rahmenbedingungen.
- Der Lehrerbund fordert einen transparenten und offen zu legenden, ziel- und wirkungsorientierten Einsatz aller Budgetmittel, die für Bildung ausgegeben werden. Die Zuteilung aller Unterrichtsstunde an Schulen muss transparent und nachvollziehbar sein!
- Der Lehrerbund fordert Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit in den Aussagen und Handlungen aller bildungsverantwortlichen Institutionen. Der Landesschulrat, die Pflichtschulinspektoren/-innen, die Bildungsabteilungen der steiermärkischen Landesregierung und die politischen Verantwortungsträger/-innen müssen in der Auslegung und Bewertung von Bildungsthemen koordiniert auftreten. Rechtlich relevante Entscheidungen müssen unter Berücksichtigung pädagogischer Sichtweisen und Bedürfnisse situationsgerecht getroffen werden können. Entscheidungen müssen zeitgerecht und einheitlich kommuniziert werden, um Klarheit für alle an den Schulen arbeitenden Mitarbeitern/innen zu vermitteln.
- Der Lehrerbund fordert ein akkordiertes und koordiniertes Auftreten der zuständigen Bildungsbehörden, Pädagogischen Hochschulen und Fortbildungseinrichtungen bei der Einführung von Innovationen im Schulbereich und angehenden Bildungsreformen. Dazu gehört eine förderliche Kommunikation im bildungspolitischen Diskurs. Pädagogen/innen verdienen immer eine klare und nachvollziehbare Argumentationslinie.
- Der Lehrerbund fordert, dass Schulbehörden als Dienstleister für die an der Basis arbeitenden und an der Umsetzung tätigen Mitarbeiter/innen agieren und für Beratung und Auskünfte selbstverständlich zur Verfügung stehen.
- Der Lehrerbund fordert eine wertschätzende Kommunikationskultur und einen wertschätzenden Umgang aller in den Bildungsinstitutionen tätigen Mitarbeitern/innen und Pädagogen/innen. Dies fördert die Arbeitsmoral und stärkt

das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der Öffentlichkeit in Bildungseinrichtungen.

- Der Lehrerbund fordert die Bildungsbehörden und politischen Verantwortungsträger/innen auf, nach außen und nach innen für die Interessen seiner Dienstnehmer/innen einzutreten.
- Der Lehrerbund fordert die Anerkennung der Pädagogen/innen als Experten/innen für Bildung und schulische Weiterbildung. Ihr Wirken ergänzt und vertieft die Erziehungsarbeit von Eltern.
- Der Lehrerbund fordert die Einbeziehung von Pädagogen/innen in alle Prozesse der Entscheidungsfindung bei Bildungsreformen. Der Einsatz von Bildungsexperten/innen, die nie in Schulen unterrichtet haben, ist unzulässig, da Ihnen die praktischen Erfahrungen fehlen und sie außerdem dem Bildungssystem zusätzlich sehr viel Geld kosten.
- Der Lehrerbund fordert ein Bekenntnis der Politik, dass das Recht auf Erziehung und die Pflicht zur Erziehung in erster Linie bei den Eltern bzw. gesetzlich bestellten Erziehungsverantwortlichen liegt. Lehrpersonen haben sich in erster Linie um die pädagogische und fachliche Betreuung ihrer Schüler/innen zu kümmern. Der enorme administrative Verwaltungsaufwand, den Lehrpersonen derzeit erfüllen müssen, ist massiv zu reduzieren.
- Der Lehrerbund fordert die Freistellung der Schulleiter/innen von der Supplier- und Unterrichtsverpflichtung! Schulleiter/innen haben die pädagogische Verantwortung für die Schul-, Unterrichts- und Personalentwicklung am Standort. Derzeit stellt der überbordende administrative Aufwand immer weniger Zeit und Raum dafür zur Verfügung. Der Lehrerbund fordert daher für die Schulleitungen Sekretariate bzw. administrative Supportsysteme.
- Der Lehrerbund fordert für Schulleiter/innen mehr Kompetenzen zur Umsetzung professionellen Personalmanagements! Schulleiter/innen müssen bei der Anforderung und Einstellung von Lehrer/innen ein Vorschlagsrecht haben.
- Der Lehrerbund fordert, dass Schüler/innen, die eine Pflichtschule besuchen, ausreichende Deutschkenntnisse besitzen, bevor sie am Regelunterricht teilnehmen dürfen. Die Entscheidung, ob Schüler/innen als ordentliche oder außerordentliche geführt werden, muss ausschließlich dem pädagogischen Personal des Schulstandortes obliegen.

- Der Lehrerbund fordert die Schaffung einer Rechtsgrundlage für fremdsprachige Eltern und Erziehungsverantwortliche. Sie müssen nachweislich unsere Landessprache erlernen, damit sie den Pädagogen/innen als Ansprechpersonen für pädagogische Anliegen zur Verfügung stehen und damit auch den Aufgaben von Schulpartnern/innen und den Pflichten von Eltern und Erziehungsverantwortlichen nachkommen können.
- Der Lehrerbund fordert im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht eines Arbeitgebers eine rasche und unbürokratische Bereitstellung von Supervisoren/innen und Coaches, sowie Schulpsychologen/innen für Lehrpersonen.
- Der Lehrerbund fordert mehr Fachpersonal für verhaltenspädagogische Maßnahmen an Schulen, damit störungsfreier Unterricht stattfinden kann.
- Der Lehrerbund fordert mehr Fachpersonal für Gewalt- und Suchtprävention.
- Der Lehrerbund fordert die dringend notwendige Entrümpelung überalterter Gesetze und Erlässe.
- Der Lehrerbund fordert eine klar formulierte, verbindliche und für alle Schularten geltende Leistungsbeurteilungsverordnung um Vergleichbarkeiten von Schulen zu gewährleisten und die Berechtigungen zum Besuch für weiterführende Schulen klar und transparent zu gestalten.
- Der Lehrerbund fordert für die Aufnahme von Schüler/innen an Pflichtschulen nach dem 1. Oktober (=Stichtag) eine bedarfsorientierte Zuteilung von zusätzlichen Stundenkontingenten, damit Klassenschülerhöchstzahlen und Teilungszahlen für Fachunterricht nicht überschritten werden.
- Der Lehrerbund fordert mehr Schulautonomie für standortbezogene Unterrichts- und Organisationsformen.
- Der Lehrerbund fordert die klare Einhaltung der Pflichtschulsprenkelregelung von allen behördlichen Institutionen. Eltern bzw. Erziehungsverantwortliche, deren Kinder Regelpflichtschulen besuchen, dürfen sich nicht beliebig ihre Schulen aussuchen dürfen!

Spezielle Forderungen der einzelnen Schularten

Volksschule

- Gesetzliche Verankerung des Zweilehrer/innensystem im Schuleingangsbereich
- Stärkung des Klassenlehrer/innenprinzips mit Stützlehrer/innen, Beratungslehrer/innen und Lehrer/innen für Sprachförderung
- Gesicherte Bereitstellung supplierender Lehrpersonen bei der Abwesenheit von Lehrer/innen ab einer Woche
- Einführung eines standardisierten Eignungstest zur Berechtigung des Schulbesuches der allgemein bildenden höheren Schulen

Neue Mittelschule

- Sicherstellung des Teamteachings in allen Klassen unabhängig der Schüler/innenzahlen
- Anhebung des 120-stündigen verpflichtenden Fachunterrichts auf 128 Stunden
- Eine klare gesetzliche, für die Wirtschaft nachvollziehbare, Regelung der Leistungsbeurteilung
- Gymnasiumsklassen an Neuen Mittelschulen müssen unter der Leitung von NMS-Schulleitungen bleiben

Polytechnische Schulen

Die neuen Polytechnischen Schulen leisten mit den speziellen Fachbereichen und der verstärkten Berufspraxis einen wichtigen Beitrag als Berufsüberleitungsschulen für die Wirtschaft. Standortbezogene, prozessorientierte und handlungsorientierte Berufsorientierung gepaart mit Persönlichkeitsbildung und den notwendigen Schlüsselkompetenzen gewähren vielen Jugendlichen den Weg via Polytechnische Schule in das Berufsleben. Die Überleitung der Absolventen/innen in eine weiterführende Ausbildung (Lehre) ist mit knapp 91% sehr erfolgreich!

Der Standort Österreich braucht dringend gute Facharbeiter/innen. Karriere mit Lehre bietet vielen Jugendlichen ganz neue und attraktive Möglichkeiten in Topbetrieben.

Die Ausbildung in den vorhandenen 280 Lehrberufen ist durch die Lehre mit Matura keine Sackgasse mehr und davon machen bereits 11.000 Lehrlinge Gebrauch.

Es müssen daher alle Anstrengungen unternommen werden, um eine gelingende Berufsorientierung in der 9. und auch freiwilligen 10. Schulstufe an der

Polytechnischen Schule zu ermöglichen. Die Polytechnischen Schulen sind seit Dezember 2015 den berufsbildenden Schulen zugeordnet und daher wird ihre Stellung als wichtige Schnittstelle zwischen Schule und Beruf noch klarer.

- Um auch für die Zukunft den wichtigen Stellenwert der Polytechnischen Schulen Rechnung zu tragen fordern wir die personenbezogene Bindung der Ressourcen. Viele Schüler/innen brechen nach dem 1. Oktober ihre schulische Ausbildung an höheren Schulen ab und kommen als sogenannte „Rückfluter“ an die Polytechnischen Schulen. Diese sind verpflichtet alle Schüler/innen aufnehmen, ohne dafür zusätzliche Unterrichtsstunden zu erhalten. Gerade Integrationsschüler/innen würden oft dieses zusätzliche Schuljahr für ihre berufliche Reife brauchen.
- Derzeit bekommen die Polytechnischen Schulen für Integrationsschüler/innen im freiwilligen 10.Schuljahr keine Integrationsstunden. Wir fordern die Zuteilung entsprechender Ressourcen!
- Für die Umsetzung der Ausbildungspflicht bis 18 Jahre könnten die Polytechnischen Schulen mit ihren derzeitigen räumlichen, materiellen und personellen Ressourcen einen wertvollen Beitrag für eine „Triale Ausbildung“ am Wirtschaftsstandort Österreich beitragen.

Berufsschulen

Die Stärkung der Berufsschule im dualen System führt zur Absicherung der Arbeitsplätze und Erhaltung der Schulstandorte.

- Keine Verkürzung von Lehrlingsausbildungen
- Erweiterung der achtwöchigen Lehrgänge im Bereich Tourismus und Handel auf neun ein Drittel Wochen (Bildungsgerechtigkeit nach dem Bundesgleichbehandlungsgesetz)
- Sicherung und Verbesserung der beruflichen Lebensqualität von Berufsschullehrer/innen mit gesundheitsfördernden Maßnahmen
- Bereitstellung von Unterstützungspersonal im Unterricht
- Ausstattung von Laborräumen und Werkstätten in Berufsschulen dem Stand der Technik entsprechend
- Bereitstellung einer EDV-Infrastruktur mit entsprechender Internetgeschwindigkeit.

- Ausbau der hohen Qualität in der Berufsschullehrerweiterbildung z.B. durch Betriebspraktika während des Unterrichtsjahres als bezahlte Bildungskarenz.
- Ausbildungspflicht für Jugendliche bis 18 Jahre.

Standpunkte für Themenbereiche

„Inklusion“

Für eine gelingende Umsetzung der Inklusion im Regelschulwesen sind folgende Rahmenbedingungen unbedingt erforderlich!

- Die rechtzeitige Bereitstellung und zeitgerechte Fertigstellung geeigneter baulicher, räumlicher und infrastruktureller Einrichtungen erfordert umfangreiche finanzielle Mittel für die schulerhaltenden Gemeinden. Die meisten Pflichtschulen verfügen nicht über die sanitären Voraussetzungen für Schwerstbehinderte. Pflege- und Waschräume, Ruhe- und Therapieräume sind nicht vorhanden. Pädagogische Konzepte liegen bereits vor aber Verhandlungen mit dem Städte- und Gemeindebund zur Finanzierung der essentiellen Umfeldfaktoren haben noch immer nicht stattgefunden.
- Die Aufstockung der personellen Erfolgsindikatoren (wie Lehrpersonen, Hilfs-, Therapie- und Pflegepersonal) um eine individuelle und differenzierte Förderung aller Schulpflichtigen zu gewährleisten.
- Eine klare gesetzliche Regelung betreffend der Aufsichtsverantwortlichkeit von Pflege-, Therapie- und Hilfspersonal in der Einzelbetreuung!
- Um bedarfsgerechte Begabtenförderung garantieren zu können, muss im Stellenplan ausreichend pädagogisches Lehrpersonal zur Verfügung gestellt werden.
- Das Prinzip der Wahlfreiheit für Eltern und Erziehungsverantwortliche, die ihre Kinder mit speziellen Bedürfnissen einer Spezialschule anvertrauen wollen, muss aufrecht bleiben. Erwiesenermaßen erhalten schwerstbehinderte Schüler/innen in den Sonderschulen nicht nur kompetente Betreuung, sondern hochspezialisierte Förderung in einem Umfeld, das ganz auf ihre besonderen Bedürfnisse ausgerichtet ist und auch entsprechende Ressourcen personeller wie materieller Natur bereithält.

Integration von Flüchtlingen und Asylwerberinnen

- Alle im Bildungsprozess Arbeitenden wissen, dass nur ausreichende Deutschkenntnisse die Basis für die erfolgreiche Eingliederung in unsere Gesellschaft darstellen. Das österreichische Modell, SchülerInnen ohne

Deutschkenntnisse altersadäquat als außerordentliche SchülerInnen maximal zwei Jahre mit zusätzlichen Sprachförderkursen in Deutsch zu führen, ist ein erfolgreiches Modell. Das bedarf aber gesicherter Unterrichtsstunden, die bei Bedarf jederzeit zur Verfügung stehen müssen.

- Viele schulpflichtige Jugendliche haben angesichts der Kriegswirren in ihren Herkunftsländern seit Jahren keine Schulen mehr besucht und sind nicht einmal alphabetisiert. Die meisten der Zuwanderer kommen ohne jegliche Deutschkenntnisse in unser Land. Viele beherrschen nicht einmal ihre Muttersprache vollständig. Manche können in ihrer landeseigenen Sprache weder lesen noch schreiben.
- Viele Kinder und Jugendliche leiden an kriegs- und fluchtbedingten Traumata, deren psychische Behandlung von Experten/innen erfolgen muss, die der Fremdsprache kundig sind.
- Viele Zuwanderer haben selbst ethnische, religiöse und rassistische Diskriminierung erleben müssen, politische Unterdrückung im Herkunftsland war an der Tagesordnung. Viele dieser Menschen vertreten aber auch selbst Elemente menschenfeindlicher Anschauungen – sowohl als Opfer, als auch als Täter – ohne sich dessen oft wirklich bewusst zu sein. Für ein konfliktfreies Zusammenleben in der Aufnahmegesellschaft sind neben der Bildungseinrichtung Schule auch die Politik, Religionsgemeinschaften, Medien und Jugendzentren gefordert, sich diesen Entwicklungen massiv entgegen zu stellen und Aufklärung zu betreiben, um ein demokratisches Miteinander mit allen Schülern/innen unterschiedlicher Herkunft zu trainieren.
- Gerade jetzt wäre also der Anlass gegeben, mehr Psychologen/innen mit entsprechenden Erfahrungen und Kenntnissen an die Schulen zu bringen, die auch als Ansprechpartner/innen zur Integrationsbegleitung und Beratung fungieren könnten. Eine Aufstockung des Personals mit Migrations- und Integrationspädagogen/innen, Sozialpädagogen/innen, und anderen Spezialisten/innen käme jetzt allen Schülern/innen und damit auch unserer Gesellschaft zu Gute. Es wäre dies eine sinnvolle und notwendige Investition, die jetzt zu tätigen ist, damit das Schulwesen seinem Bildungsauftrag für ALLE nachkommen kann.

Zentralraum Graz

Städtische Ballungsräume haben andere Herausforderungen als ländlich geprägte Regionen. Zurzeit hat Graz mit ca. 300.000 Einwohnern die gleichen Kompetenzen wie eine Kleinstgemeinde. Regionale (Land) bzw. kommunale (Stadt) Bildungsdirektionen sind eine ideale Lösung, um diesen unterschiedlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Graz muss eine eigene Bildungsdirektion bekommen, die auch den kommunalen Verantwortungsträger/innen gegenüber Handlungsspielräume ermöglicht.